Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

12.7.1926 (No. 158)

Visual Library

№ 158 Montag, den 12. Juli 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarkts

** Konnten bereits für die unmittelbar vorangegangene Berichtsperiode vereinzelte, wenn auch nur schwache Anzeichen einer leichten Besserung der Gesamtbeschäftigungslage beobachtet werden, so schien sich für die Berichtszeit (1. bis 7. Juli 1926) diese, wenn auch nur sehr schwache Tendenz zu einer geringen Besserung behaupten zu wollen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat — von 66 718 auf 66 119 — schwach abgenommen. Parallel sank auch die Kurzarbeiterziffer (Kurzarbeiter außerhalb der Tabakindustrie) von 7726 auf 6499. War für die vorangegangene Berichtszeit sodann noch keine Besserung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage zu beobachten, so machte sich für die jetzige Berichtszeit immerhin eine, wenn auch nur sehr schwache Verringerung der (das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt anzeigenden) Andrangsziffer insofern bemerkbar, als am 7. Juli auf eine offene Stelle 47 Arbeitsuchende im Landesdurchschnitt entfielen, während sich die entsprechende Ziffer am 30. Juni immerhin noch auf 53 belaufen hatte.

Doch muß vor voreiligen Schlüssen entschieden gewarnt werden. In der Mehrzahl der Berufsgenossen ist die Lage noch nahezu gleich ungünstig geblieben.

In der **Landwirtschaft** hat sich der Witterungsumschlag in etwa bemerkbar gemacht, andererseits konnte aber auch wieder verstärkte Nachfrage nach Aushilfskräften für die Heu- und Kirschenernte beobachtet werden.

Die durch Absatz- wie Auftragsmangel charakterisierte Lage des Arbeitsmarkts der **Metall- und Maschinenindustrie** zeigte, im ganzen betrachtet, keine Tendenz zur Besserung. Vereinzelt wurde vielmehr noch weitere Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten beobachtet. Eine Herdfabrik hat ihren Betrieb geschlossen, auch in einigen anderen Branchen dieser Berufsgruppe erfolgten noch Entlassungen, wenn auch geringeren Umfangs. In der **Schmuckwarenindustrie** war ein Abflauen der Aufträge zu bemerken, immerhin blieb einige Nachfrage nach Juwelenarbeitern bestehen. In der **Uhrenindustrie** und verwandten Industrien hat die Erwerbslosigkeit noch etwa zugenommen.

Innerhalb der **chemischen Industrie** kam es zu einer größeren Entlassung von Arbeitskräften in der Gummi- und Celluloidfabrikation (ca. 165 männliche, 55 weibliche Arbeitnehmer).

Im **Spinnstoffgewerbe** — Baumwoll- und Seidenindustrie — blieb der Arbeitsmarkt, im ganzen genommen, schlecht. Im Lörracher Bezirk war eine Zunahme der Kurzarbeit zu beobachten. Andererseits zeigte eine Seidenweberei des Freiburger Bezirks Bedarf an Arbeiterinnen. Auch machte sich eine, wenngleich zunächst nur schwache Besserung in der Ausrüstungsindustrie bemerkbar.

Der Arbeitsmarkt der **Papier- und Lederindustrie** zeigte gleichfalls schwache örtliche Besserung.

In der **Nahrungsmittelindustrie** bestand einige Unterbringungsmöglichkeit in der Konservenfabrikation.

In der **Tabakindustrie** und den mit ihr verwandten Industrien hat die leichte Besserungstendenz trotz gewisser Schwankungen in etwa angehalten. Die Tabakkurzarbeiterziffer ist von 10 681 am 30. Juni auf 9921 auf 7. Juli gesunken.

In der **Holzindustrie** blieb jedoch die Lage fast allgemein ungünstig.

Dieselbe Feststellung ist für das **Bekleidungsgewerbe** zu machen.

Ebenso ist der Kräftebedarf des **Baugewerbes** gering geblieben.

Der **Angestelltenarbeitsmarkt** zeigte keinerlei Aussicht auf Besserung. Vielmehr ist die Erwerbslosenziffer der kaufmännischen Berufsgruppe noch infolge weiterer, nicht unerheblicher Entlassungen, gestiegen.

Hingegen belebte sich in der verflossenen Berichtszeit die Nachfrage nach **Hotel(Koch-)personal**.

Die Erwerbslosigkeit in der zweiten Junihälfte. In der zweiten Juni-Hälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger im Reich von 1 419 234 auf 1 409 724 gesunken, die der weiblichen von 330 775 auf 332 843 gestiegen. Insgesamt hat eine Abnahme von 1 750 009 auf 1 742 567, d. h. um 0,4 Proz., stattgefunden.

Der Haushaltsausschuss im Kaliwerk Buggingen

Am Samstag morgen begab sich der Haushaltsausschuß unter Führung des Finanzministers Dr. **Köhler** zur Besichtigung des Kaliwerks nach Buggingen, an welchem bekanntlich der badische Staat finanziell beteiligt ist. Da die Mitglieder des Haushaltsausschusses sich in den letzten Jahren durch die Gesetzesvorlagen des Finanzministeriums wiederholt mit dem Kaliunternehmen beschäftigt hatten, sollte ihnen durch eine **Grubeneinfahrt** zur Inaugenscheinnahme und auch zur Besichtigung der Tagesanlagen Gelegenheit gegeben werden. Dies erfolgte durch den Direktor Dr. **Albrecht**, welcher den Ausschuß am Bahnhof Buggingen empfing und ihn in die Anlagen geleitete.

Die Anlagen des Kaliwerkes

Wenn man von Freiburg i. Br. nach Buggingen fährt, so erblickt man die ersten Zeichen eines großen Industrieunternehmens schon bei Heitersheim und Seefelden in Gestalt einer ganzen Anzahl neuer **Arbeiterwohnhäuser**, die durch ihre schmucken, roten Dächer im Landschaftsbild hervortreten. Außer in Heitersheim und Seefelden sind auch in den Gemarkungen Buggingen und Grißheim Arbeiterwohnungen hergestellt worden bzw. noch im Bau begriffen; das Werk wird nach Fertigstellung aller dieser Wohnungen ca. 80 seiner Arbeiter mit Familien Unterkunft in Werkswohnungen gewähren können.

Bei der Einfahrt in den Bahnhof Buggingen liegt die ganze Werksanlage vor den Blicken ausgebreitet. Zu ihr hin führt in einem großen, nach Norden geöffneten Bogen die Staatseisenbahn, deren Übergabebahnhof unmittelbar bei der Station Buggingen bisher viergleisig ausgebaut ist.

Fuhrwerke und Fußgänger gelangen zum Werk auf der Straße Buggingen-Grißheim an zahlreichen Beamtenwohnhäusern mit ca. 20 Wohnungen vorbei. An dieser Straße liegt außerdem noch ein **Arbeiter- und Beamtenverpflegungsheim**, das „Haus zur Halde".

Man betritt das Werk von Norden her auf der Werksstraße, an welcher anschließend an das Pförtnerhaus das **Verwaltungsgebäude** errichtet ist. Schreitet man die Werksstraße entlang nach Süden, so erhebt sich vor einem das eigenartige **Fördergerüst**, das mit seinem Räderwerk das Hauptkennzeichen eines Bergwerks bildet.

Wir sehen daraus, daß wir uns auf der Bergwerksseite des Werkes befinden, welche durch den 7gleisig vorgesehenen Werksbahnhof von der weiter westlich gelegenen Chlorkaliumfabrik getrennt ist. Im Mittelpunkt der Bergwerksseite liegen hart westlich der Werksstraße, 60 Meter von einander entfernt, die beiden **Schächte**. Von ihnen ist der südliche Schacht **Markgräfler** rund 600 Meter tief; er muß noch weiter abgeteuft, d. h. tiefer gebracht werden, während Schacht **Baden** fertiggestellt ist. Seine Endtiefe beträgt 830 Meter. Die Hauptförderfohle ist bei 793,5 Meter angesetzt. In dieser Tiefe breiten sich jetzt bereits in einer Länge von ca. 1500 Meter nach allen Seiten die Strecken aus, um das Kalilager für die Gewinnung, den eigentlichen Abbau, vorzubereiten.

Gewinnung des Kalisalzes

Das Kalisalz wird in Förderwagen von 20 Zentner Inhalt zum Schachte gebracht und dort auf das dreietagemäßige Fördergestell, welches 6 Wagen aufnehmen kann, geschoben. Dieses Fördergestell hängt an einem starken **Drahtseil**. Das Seil läuft über zwei Räder, welche in 33 bzw. 40 Meter Höhe in dem schweren eisernen Fördergerüst verlagert sind; es wird durch die Fördermaschine mit 15 Meter Geschwindigkeit pro Sekunde bewegt. Diese Fördermaschine, welche eine höchste Leistung von 2000 Pferdekräfte abgeben kann, steht in einem großen Gebäude östlich der Werksstraße und wird mit **Elektrizität** betrieben. Das Fördergerüst ist in seinem unteren Teil umbaut mit dem großen Schachtgebäude, welches durch eine 16 Meter breite Brücke mit dem **Mühlengebäude**, das zwischen Schacht Baden und Schacht Markgräfler liegt, verbunden ist. Schachtgebäude, Mühlengebäude und Brücke enthalten in rund 14 Meter Höhe über dem Fußboden eine mächtige Halle, die mit eisernen Platten belegt ist und deshalb Plattenboden genannt wird. Auf diesem Plattenboden spielt sich der **Hauptverkehr**, der Wagenumlauf der aus der Tiefe gehobenen vollen Wagen zur Sturzvorrichtung über der Mühle und von dort wieder zum Schachte zurück ab. Dieser Umlauf geht vollständig selbsttätig vor sich und es sind nur wenige Leute erforderlich, die ihn überwachen und bei Störungen eingreifen können.

In dem Mühlengebäude wird das Salz auf die erforderliche Feinheit gemahlen und alsdann entweder sofort versandt oder durch ein Transportband nach dem Osten über die Gleisanlage hinweg nach der Fabrik gebracht. In ihr erfolgt die Verarbeitung des Salzes zu höheren Graden der Reinheit, denn das aus der Grube geförderte Salz hat einen Durchschnittsgehalt von 22 bis 26 Proz., während ein modernes Kaliwerk in der Lage sein muß, Salz bis zu 50 Proz. und darüber hinaus zu liefern.

Das Bugginger Salz

besteht, wenn man von gewissen Verunreinigungen absieht, lediglich aus Chlorkalium und Chlornatrium. Es gilt in der Fabrik, diese beiden Bestandteile voneinander zu trennen, da gewöhnlich nur das Chlorkalium verwertbar ist. Der Grundgedanke der fabrikatorischen Verarbeitung ist der, daß Chlorkalium in heißem Wasser leichter löslich ist, als in **kaltem**, während Chlornatium diese Eigenschaft nicht besitzt. Löst man also ein Gemisch von Chlorkalium und Chlornatrium in heißem Wasser auf, so fällt beim Erkalten Chlorkalium aus. Es braucht also lediglich in der Fabrik das Salz heiß gelöst und dann diese Lösung wieder abgekühlt werden, um das Chlorkalium zur Ausscheidung zu bringen. Dieses abgeschiedene Chlorkalium wird alsdann nötigenfalls noch auf höhere Grade der Reinheit gebracht, getrocknet und kann dann zum Versand kommen.

Zur Vornahme dieser Verarbeitung sind folgende Bauten erforderlich: 1. ein **Lösehaus**, 2. ein **Kühlraum**, 3. eine **Deckstation** und 4. eine **Trockenstation**. Von diesen ist mit dem Bau des Lösehauses, in welchem, wie der Name sagt, das Kalisalz in der Lauge aufgelöst wird, gerade begonnen. Weiter fortgeschritten ist bereits der Kühlraum. Er besteht aus einer sehr großen Anzahl flacher Kästen, in welche die heiße Lauge geleitet wird und dann infolge der Abkühlung durch die Luft ihr Chlorkalium ausscheidet. Dieses Chlorkalium wird zu dem dritten Gebäude, welches bereits fertiggestellt ist, nämlich der Deckstation, gebracht. In diesem Gebäude sind große Bottiche aufgestellt, in welchen das Salz, falls notwendig, dadurch, daß man eine Wasserdecke (daher der Name) darüber gibt, noch auf höhere Grade der Reinheit gebracht wird. Von hier gelangt das Salz in die Trockenstation, die ebenfalls bereits fertiggestellt ist, um dort, wie der Name sagt, getrocknet zu werden und dann zum Versand zu kommen.

Der Versorgung des Werkes mit Dampf und elektrischem Strom dienen Kesselanlage und elektrische Zentrale, die zusammen in einem großen Gebäude nördlich von den Fabrikbauten aufgestellt sind, dessen besondere Zierde ein 40 Meter hoher Turm bildet. In diesem Turm ist der Wasserbehälter für das ganze Werk untergebracht.

Da der Absatz der Kalisalze sehr starkem Wechsel unterworfen ist, Förderung und Verarbeitung aber, um wirtschaftlich zu sein, möglichst gleichmäßig gestaltet werden müssen, so ist ein **großer Schuppen** von 105 Meter Länge und 32 Meter Breite als Speicher angelegt worden. Dieser liegt zwischen den Bergwerks- und Fabrikanlagen, damit er sowohl von der Mühle, als auch von der Fabrik aus bequem bespeichert werden kann.

Um alle Reparaturen selbst ausführen zu können, sind gemeinschaftlich in einem großen Gebäude am Südostende der Werksstraße eigene Schlosserei-, Schmiede-, Elektro-, Tischlerei- und Zimmerei-Werkstätten untergebracht. Am Ostrande des Werksgeländes entlang liegen schließlich an einem besonderen Gleisstrang die Wasserversorgungsanlage, das ausgedehnte Materialienmagazin, das Gebäude mit den Umkleideräumen für die Arbeiter und die Transformatorenstation zur Verteilung und Umformung des hochgespannten elektrischen Stromes.

Zwei große Veränderungen der Oberfläche, die durch den Werksbau hervorgerufen sind, fallen auf dem Gelände noch besonders ins Auge; eine große Vertiefung und eine große Erhöhung. In einer mächtigen Kiesgrube am Westrande des Werksplatzes sind die Massen für den Bahnbau, für die Betonfundamente der Gebäude und Maschinen und für besonders feste Betonsteine, die das Werk selbst gemacht hat und mit denen die Schächte ausgebaut sind, gewonnen worden. — Eine große **Berghalde** aber, das von alters her bekannte Kennzeichen des Bergbaues, ist in der Nordwestecke des Werksgeländes aufgehäuft aus den Gebirgsmassen, die beim Schachtbau angefallen oder aus sonstigen Gründen gewonnen sind und nicht verwendet werden können.

Die Beteiligung des badischen Staates

Im Verwaltungsgebäude gab Finanzminister Dr. **Köhler** eine zusammenfassende Darlegung über den Werdegang des Kaliwerkes und die Stellungnahme des badischen Landtages. Er führte u. a. aus: Es war ein Wissenschaftler, der Prof. Dr. Salomon-Calvi aus Heidelberg, welcher als erster bereits im Jahre 1907 mit einer Denkschrift an das Finanzministerium herantrat, daß in dieser Gegend Steinsalze und Kalivorkommen zu vermuten sei. Das Finanzministerium bezw. deren technische Behörde verhielt sich zunächst zurückhaltend. Man sprach von einem Sprung ins Dunkle usw. Im Jahre 1910 erteilte man dann Dr. Eltzbacher die Erlaubnis zu Bohrungen mit dem Vorbehalt eines späteren Anteils am Reingewinn für den Staat und mit dem Rechte einer späteren Beteiligung bis zu einem Zehntel. Die Bohrungen bei Hartheim waren aber ein Fehlschlag. Man fing an der heutigen Stelle an und die Konzession wurde für Eltzbacher verlängert. Da kam der Krieg und 1916 das Verbot des Abteufens überhaupt. Nach dem Kriege erhielt Dr. Eltzbacher weiter das Recht, Kalisalze zu gewinnen. Nach verschiedenen Verhandlungen mit Bergwerksaktiengesellschaften, welche sich gegenüber den Bohrungen ablehnend verhielten, bekam Baden im Oktober 1921 von Reichswegen das Recht, zwei Schächte abzuteufen. Das war ein Erfolg für das Finanzministerium, aber es griff trotz Ausbietens, die Schächte auszubeuten, keine Bergwerksgesellschaft zu. Da führte der Kali-Sachverständige Bergrat Kost, dem der Finanzminister besonders Anerkennung für seine hoffnungsfrohe Tätigkeit beim Bugginger Kaliwerk zollte, den Dr. Eltzbacher dem Burbach-Konzern zu. Jetzt erst setzt die Wirksamkeit und die Beteiligung des badischen Landtages ein. Im Jahre 1923 wurde eine Vorlage an den Landtag gemacht und beschlossen, sich an dem Kalibauunternehmen zu beteiligen

Mit der Beilage: 42. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und den Bau eines Schachtes vorzunehmen. Der Landtag hat die entsprechenden Vorlagen fast immer einstimmig gutgeheißen. Im Oktober 1922 wurde mit dem Abteufen des ersten Schachtes begonnen. Es stellte sich aber Wasserdruck ein und man brauchte einmal volle 10 Monate, um den Schacht von 18 auf 30 Meter niederzubringen. Nach 13 Monaten war man aber im nächsten Jahre erst 95 Meter unten. Es wurde dann der Entschluß gefaßt, einen zweiten Schach zu bauen; der Landtag bewilligte die hierfür benötigten Mittel im Jahre 1925. Am 19. Juli konnte in der Tiefe von 780 Meter Kali angefahren werden: Das Ziel war erreicht; in dem gleichen Monat bewilligte der Landtag eine weitere Million zur Rentabilität des Werkes. Der Bau des zweiten Schachtes ist im Gange, das Werk ist gelungen. Mit dem Dank an Direktor Albrecht, und den beteiligten Herren, schloß der Finanzminister Dr. Köhler seine erinnerungsreiche und interessante Übersicht über den Entwicklungsgang des Bugginger Unternehmens.

Oberbergrat **Naumann** als technischer Sachverständiger des Finanzministeriums erläuterte dann die Geschichte des deutschen Kalibergbaues, welcher der jüngste unter allen Bergbauzweigen — erst 60 Jahre — ist. Durch das Kaliwirtschaftsgesetz von 1919 ist der freie Wettbewerb ausgeschaltet; wir haben heute anstelle von 225 Werken, denen schon die Beschränkung der Absatzmöglichkeit die Entfaltung aller technischen Fortschritte verbot, eine geringe Anzahl solcher Werke, die mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet sind und die Rationalisierung auf das denkbar höchste Maß gesteigert haben. Bezüglich der Bugginger Schächte haben wir das Glück, Kalisalze von ausgezeichneter Beschaffenheit zu besitzen. Besonderes Verdienst hat sich auch die geologische Landesanstalt um die Bohrungen in Baden erworben. Die Nachhaltigkeit des badischen Kalibergbaues geht nach den bisherigen Aufschlüssen daraus hervor, daß innerhalb einer Fläche von 1 qkm nicht weniger als 16 Millionen Doppelzentner Reinkali anstehen. Diese Menge deckt sich etwa mit dem Weltbedarf. Es ergibt sich, daß schon diese Fläche von 1 qkm ausreichen wird, um der Förderung unserer Kaliwerke auf Jahrzehnte hinaus zu genügen. Sie beschränkt sich aber nicht auf 1 qkm, sondern wir können annehmen, daß sie sich in der Länge auf etwa 10 Kilometer und in der Breite auf etwa 4—5 Kilometer ausdehnt. Darnach ist sicher, daß sich auch nach uns noch viele künftige Generationen des badischen Kalibergbaues werden erfreuen können.

Die Grubeneinfahrt

Nach erfolgter völliger Umkleidung der Abgeordneten erfolgte zunächst die Besichtigung der Tagesanlagen des Werkes und dann die Einfahrt in den Schacht Baden. Was hier zu sehen und wahrzunehmen sich Gelegenheit bot, war recht interessant. Die gezeigten Bohrungen, die Gewinnung der Salze, das Emporbringen der Wagen an die Erdoberfläche, die maschinellen Anlagen und alles, was zu einem modernen Bergbau gehört, ließen die besten Hoffnungen für die Zukunft des Werkes erstehen. Schon jetzt ist die Ausbeute eine erhebliche und sie wird steigen, wenn erst der zweite Schacht, Markgräfler genannt, völlig niedergebracht ist. Der badische Landtag und insbesondere Finanzminister Dr. Köhler haben wirtschaftlichen Weitblick bekundet, daß sie dem badischen Lande finanzielle Beteiligung an dem Kaliwerk Buggingen sicherten. — Am Schlusse der Besichtigung wurde eine photographische Aufnahme der Mitglieder des Haushaltsausschusses und der geladenen Gäste vollzogen; die Werksleitung übergab ihnen dann noch ein hübsches **Album**, die bis jetzt errichteten Gebäude des Werkes darstellend.

*

Nach der Besichtigung wurde in dem mit frischem Tannenreis schön geschmückten Nebengebäude der „Krone" in Buggingen das gut zubereitete Mittagessen eingenommen. Finanzminister Dr. **Köhler** entbot hier den Gruß der Regierung, Staatsrat **Marum** als Vorsitzender des Ausschusses dankte dem Finanzminister, seinen Mitarbeitern, Oberbergrat **Naumann** und Ministerialrat Dr. **Mühe**, ferner den Leitern, ebenso den Arbeitern und Angestellten des Werks für die bisherige geleistete Arbeit. In der 9. Abendstunde fuhr der Haushaltsausschuß nach Karlsruhe zurück.

Kurze Nachrichten

Preußen kündigt den Vertrag mit Waldeck. Das preußische Staatsministerium hat den bestehenden Staatsvertrag von 1888 mit dem Freistaat Waldeck, der im wesentlichen die Verwaltung Waldecks durch diesen regelt, gekündigt. Da in dem Vertrag eine zweijährige Kündigungsfrist vorgesehen ist, tritt die Lösung des Vertragsverhältnis am 29. Juni 1928 in Kraft. Mit dieser Kündigung ist die Frage der Selbständigkeit von Waldeck wieder akut geworden. Der Kreis Pyrmont (früher eine Enklave Waldecks in Preußen), hat sich bereits 1922 an Preußen angeschlossen und es ist wahrscheinlich, daß die veränderten Umstände nun auch zu einem Anschluß Waldecks an Preußen führen werden, da schon rein finanziell die Einkünfte des Freistaates Waldeck zur Bestreitung der Verwaltungskosten nicht ausreichen würden.

Zunahme der Spartätigkeit. Der Spareinlagebestand der deutschen Sparkassen stellte sich Ende Mai auf 2258 Millionen Reichsmark gegen 2154 Ende April. Giroeinlagen wuchsen auf 1069 Millionen (1033).

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen sind am Samstag in Bern endgültig **beendet** worden. Es wurde auf allen Gebieten materielle Einigkeit erzielt. Die Unterzeichnung des Vertrages ist auf den 14. Juli vorgesehen.

Einweihung des Kufsteiner Andreas-Hofer-Denkmals. In Kufstein fand Sonntag vormittag die Einweihung des Andreas-Hofer-Denkmals statt, zu der sich über 20 000 Teilnehmer aus Österreich und aus Deutschland eingefunden hatten. An den Bundespräsidenten Dr. Hainisch und an den Reichspräsidenten wurden Begrüßungstelegramme gesandt. Nach der Einweihungsfeier bewegte sich ein farbenprächtiger Festzug durch die Straßen der Stadt.

Maslow aus der Haft entlassen. Der frühere Führer der kommunistischen Partei Deutschlands, **Maslow**, ist, wie die Berliner Blätter berichten, nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe, von der ihm zwei Jahre durch die Amnestie erlassen wurden, aus der Haft entlassen worden. Auf Antrag seines Verteidigers wird Maslow, der dem Urteil zufolge ausgewiesen werden soll, noch ein kurzer Aufenthalt in Deutschland bewilligt werden.

Caillaux hat sich heute, Montag, im Flugzeug nach London begeben. Die „Times" sagt: Da in England der lebhafte Wunsch bestehe, die Lage der französischen finanziellen Lasten zu erleichtern, ist es so gut wie sicher, daß Caillaux sein Ziel erreichen werde, falls er nicht geradezu unvernünftige Vorschläge machen sollte, was nicht wahrscheinlich sei.

Die Abberufung der brasilianischen Delelgation in Genf. „Newyork Herald" meldet aus Genf, daß die brasilianische Delegation beim Völkerbund die Weisung erhielt, Genf zu verlassen.

Gesundung der badischen Allgemeinwirtschaft durch die Fremdenindustrie

Von Emil Friedrich **Brodek**, Freiburg i. Br.

Wenn man von der Lähmung des badischen Wirtschaftskörpers spricht, ist das die Feststellung eines Tatbestandes, aber keineswegs, die Erfassung des Wesentlichen bei diesem traurigen Zustande. Beim Menschenkörper bedeutet die Lähmung das Versagen gewisser Funktionen. Bei der Lähmung des Wirtschaftskörpers ist es nicht viel anders. Das Blut der Wirtschaft ist das **Geld**, und da die großen Börsenzeitungen täglich Überfluß an Geld melden, kann man naturgemäß nur von dem Mangel an **Geldumlauf reden.** Also fehlt das Geld nicht. Nur ist es nicht in der Zirkulation; es schleicht wohl, **aber es kreist nicht** normal im Wirtschaftskörper.

Das wirtschaftliche Unbehagen weitester Volksschichten kann aber nur behoben werden, wenn die Geldzirkulation wieder lebhafter wird, wenn das Geld wie ein belebender Blutstrom durch den ganzen Wirtschaftskörper fließt. Unnatürliche Gesundungsprozesse gibt es auch bei den wirtschaftlichen Krankheiten nicht, doch der Anstoß zur Gesundung zeigt sich ganz gewiß in dem Augenblick, wo ein wichtiger Wirtschaftszweig die Geldzirkulation in Gang setzt.

Nicht jeder Wirtschaftszweig bringt diese Geldzirkulation mit sich, oder wenn er sie herbeiführt, geschieht das mit einer Langsamkeit, die das Krankheitsbild der Wirtschaft kaum ändert, oder es ist vorher erst wieder ein Aufwand von Mitteln erforderlich, die aus einer kranken Wirtschaft nicht leicht herausgeholt werden können und in den meisten Fällen von den Finanzkräftigen nicht gerne gegeben werden.

Es gibt einen Wirtschaftszweig, der alle Vorbedingungen für die Herbeiführung einer beschleunigten Gesundung der Allgemeinwirtschaft erfüllt, weil er die Geldzirkulation mächtig fördert, weil er in seinen Auswirkungen nahezu die gesamte Allgemeinwirtschaft erfaßt, weil er einen raschen Umsatz im Gefolge hat und weil er ohne eigentlichen Kapitalaufwand, nur durch eine Steigerung der Werbespesen, das Erträgnis aus dem ihm zugrunde liegenden Wirtschaftswert vermehren läßt. Dieser Wirtschaftszweig ist, was nicht oft genug betont werden kann, die **Fremdenindustrie**.

Kein anderer Zweig der Volkswirtschaft besitzt die der Fremdenindustrie eigene Vielfältigkeit der Betätigung. Eisenbahn, Dampfer, Flugzeug und Kraftfahrzeuge, Fahrräder und Lohnfuhrwerke dienen dem Fremdenverkehr und ziehen Einnahmen aus ihm. Die Hotels und Gasthäuser ziehen weiteres Geld der Fremden an sich und leiten es für ihre Käufe an Lebensmitteln, an Einrichtungsgegenständen, an Wäsche usw. wieder in die Kanäle des Einzelgewerbes, der Kaufhäuser und des Kleinhandels. Fremdenverkehr bringt der Post- und Telegraphenverwaltung Verdienst. Fremdenverkehr sorgt für den Künstler, der den Fremden Zerstreuung schafft. Auf dem Sportgebiete fließt das Geld der Fremden. Zur Bewältigung des Fremdenverkehrs rüsten sich die Dienstmänner und Boten. Haus- und Küchenpersonal zieht seinen Lohn aus der Fremdenindustrie. Das Gärtnergewerbe lebt auf, wenn die Fremden sich einstellen. Der Landwirt bringt seine Erzeugnisse besser an den Mann, wenn die Hotels überfüllt sind. Die Buchhandlungen verspüren die vermehrten Käufe von Büchern und Ansichtskarten. Die Fremden erwerben Andenken, und die ganz Geldkräftigen erstehen manch kostspieligen Gegenstand. Wo außer der reinen Erholung noch die Heilkur den Fremdenverkehr begleitet, hat der Ärztestand und jener der Heilgehilfen gewiß in den Fremden eine kräftig sprudelnde Einnahmequelle. Tatsächlich erfaßt die Fremdenindustrie, wie dieser gewollt detaillierte Einblick in die Geldzirkulation auf diesem Wirtschaftszweige ersehen läßt, nahezu die gesamte Allgemeinheit. Daß es sich bei diesem Geldumlauf um eine rasche Rotation handelt, geht schon daraus hervor, daß wohl drei Viertel aller Finanzoperationen der Fremdenindustrie sich bar gegen bar abwickeln und daß die Einzelpersonen des Fremdenverkehrs in rascher Folge ständig wechseln.

In dieser Kreisung des wirtschaftlichen Blutes, die von der Fremdenindustrie bewirkt wird, liegt das Heilmittel zur Behebung der Wirtschaftslähmung auch in Baden. Dabei ist im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen, z. B. der Exportindustrie, die wegen der Rohstoffarmut Deutschlands erst Riesenbeträge für Rohstoffkäufe ins Ausland geben muß, bevor sie an Produktion und Verkauf denken kann, zur Entfaltung der Fremdenindustrie kein Kapitalaufwand erforderlich, sondern nur eine Steigerung der Werbespesen, also eine vermehrte und verbesserte Anpreisung der „Ware", die in den landschaftlichen Schönheiten Badens besteht.

Die Fremdenindustrie gliedert sich nun deutlich in drei Kategorien: Die erste umfaßt jene Fremden, die aus Baden selber stammen; der zweiten gehören jene Fremden an, die aus dem übrigen Deutschland in das badische Touristengebiet kommen; die dritte besteht aus den Ausländern, die Baden besuchen. Während die erste lediglich badisches Geld in Rotation bringt und infolgedessen keine Blutzufuhr als solche bedeutet, stellt sich bei der zweiten bereits neben der vermehrten Blutzirkulation die Blutzufuhr aus den anderen deutschen Gebieten ein, die den Gesundungsprozeß wesentlich beschleunigt. Das von den Ausländern nach Baden gebrachte Geld ist dagegen eine reine Bereicherung des deutschen Nationalvermögens, die speziell Baden zustatten kommt. Der Besuch Badens durch Ausländer ist „unsichtbarer Export", und umso wertvoller als ihm keine Gegenbuchungen für gekaufte Rohstoffe wie bei den Fabrikationsindustrien gegenüberstehen.

Ein Wirtschaftskörper gesundet wieder, wenn das in ihm enthaltene Blut ohne Hemmnisse seines Weges zieht, wenn das Geld von Hand zu Hand geht, wenn Verkauf und Kauf in regem Turnus einander ablösen. Das Tempo der Gesundung ist schneller, wenn die Zirkulation des Geldes ergänzt wird durch Zuführung neuen Geldes in den nationalen Wirtschaftskörper. Der Gesundungsprozeß aber ist wohlfeil, wenn für ihn nichts weiter erforderlich ist als eine relativ unbedeutende Vermehrung der Werbespesen.

Schon die erwähnte „nationale Rotation" ist imstande, das wirtschaftliche Unbehagen in Baden zu beheben. Die vermehrte und verbesserte Werbung muß aber in diesem Falle von der Mahnung begleitet sein, daß kein Deutscher das Recht habe, in Zeiten ernstester Wirtschaftslähmung die „unsichtbare Einfuhr" Deutschlands dadurch zu vergrößern, daß er sich in **nichtdeutsche Touristengebiete** begibt. Jeder Betrag, der auf diese Weise ins Ausland fließt, trägt zur Verschärfung des wirtschaftlichen Krankheitsbildes bei und wirkt schädlich auf die Allgemeinwirschaft. Es ist eine Frage für sich, zu untersuchen, ob die Verkehrswerbung für Baden im übrigen Deutschland bisher der Methode und der Qualität nach jeder Kritik standhalten kann. Eine führende deutsche Zeitung (das „Berliner Tageblatt"), die kürzlich eine Ausstellung von Werbematerial deutscher Touristengebiete besprach, erwähnte alle — Gebiete — **nur nicht Baden!** Hier handelt es sich um badische Werbung in Deutschland, so daß eine bedenkliche Lücke festzustellen ist.

Wertvollstes Gesundungsmittel ist aber die Heranholung ausländischen Geldes in den badischen Wirtschaftskörper auf dem Wege der Fremdenindustrie. Andere Länder wissen schon längst, wie bedeutsam eine solche „Blutauffrischung" durch ausländisches Ged ist. Nach der letzten Völkerbundsstatistik (1924) hatte die **Tschechoslowakei** aus dem Fremdenverkehr eine Reinnahme von 100 Millionen Kronen, die **Schweiz** etwa 150 Millionen Franken. Die Schweiz konnte 50 Proz. ihres Einfuhrüberschusses vor dem Kriege durch die Gewinne aus dem Fremdenverkehr ausgleichen. **Baden** kann gesund werden, wenn es seine Fremdenindustrie auf dem Wege vermehrter und verbesserter Werbung mit vorübergehendem staatlichen Eingreifen entwickelt. Schwarzwald, Bodensee und Rhein sind badische Werte der Allgemeinwirtschaft und als solche ein unerschütterliches Fundament der wohltätigen Fremdenindustrie.

Politische Neuigkeiten

Das Reichsehrenmal

Der Ausschuß zur Vorbereitung der Errichtung eines Ehrenmals für die im Weltkrieg Gefallenen hielt am Samstag am Ende seiner Besichtigungsreise in **Weimar** unter dem Vorsitze des Reichsministers des Innern eine abschließende Sitzung ab. Nach sorgfältiger Prüfung aller Projekte kam der Ausschuß zu folgendem Ergebnis: Als Ehrung für die gefallenen Helden des Weltkrieges schlägt der Ausschuß in erster Linie einen **Ehrenhain im Herzen Deutschlands** vor, wie er in der Gegend von **Berka** bei Weimar gelegen ist. Daneben wurde von gewichtigen Stimmen auch das Projekt der **Toteninsel von Lorch** im Rhein für eine würdige Form der Heldenehrung gehalten.

Es handelt sich hier jedoch lediglich um einen Vorschlag des Reichsratsausschusses, über den das Reichskabinett endgültig zu entscheiden haben wird.

Gedenkfeier der ostpreußischen Abstimmung

Bei dem Festakt aus Anlaß der 6. Wiederkehr des Abstimmungstages hielt Oberpräsident **Siehr** in **Königsberg** (Pr.) eine Rede, in der er betonte, an diesem denkwürdigen 11. Juli hätten 92½ Proz. aller Stimmen im westpreußischen Abstimmungsgebiet, 97½ Proz. aller Stimmen im Allensteiner Bezirk und rund 100 Proz. aller Stimmen in den masurischen Kreisen für Deutschland gestimmt. Mit den polnischen Nachbarn wollten wir in ehrlichem Frieden leben, und man würde es in Ostpreußen begrüßen, wenn Polen den gleichen ernstlichen Wunsch hätte. Aber die polnische nationalistische Presse müsse dann auch ihre Kampfesmethode ändern. Der Bekundung unseres ehrlichen Friedenswillens widerspreche es nicht, wenn wir immer wieder von neuem auf die wirtschaftliche und politische Unmöglichkeit des sogenannten **polnischen Korridors** hinwiesen. Gerade wenn wir friedliche Arbeitsmöglichkeiten im Osten Europas schaffen und dadurch die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung der Oststaaten erleichtern wollten, dann müßten die dauernden Reibungsflächen beseitigt werden, die aus der Zerreißung Deutschlands in zwei Teile mit Naturnotwendigkeit folgten. Oberpräsident Siehr bekundete den Willen der Ostpreußen, **ein deutsches Land** zu sein.

Kommunalwahlen im Saargebiet

Bei den am Sonntag stattgefundenen **Gemeinderatswahlen** in der Stadt **Saarbrücken** erhielten die Deutschnationale Volkspartei 6 Sitze (bisher 3), Deutsch-saarländische Volkspartei 8 (14), Deutsche Wirtschaftspartei 6 (5), Deutschdemokratische Partei 2 (2), Zentrum 17 (19), Sozialdemokratische Partei 13 (13), Kommunistische Partei 8 (4).

In der Stadt **Neunkirchen** erhielten die Zentrumspartei 13 Sitze, die Sozialdemokraten 10 und die Kommunisten 10 Sitze. Die Deutsche Wirtschaftspartei, die Demokraten und die Deutsch-saarländische Volkspartei erhielten je drei Sitze. Allgemein ist eine Abnahme der Sitze der Bürgerlichen Parteien und eine Zunahme der Kommunisten festzustellen.

Verschiedenes

Explosionskatastrophe in Amerika

Eine durch **Blitzschlag** in dem Munitionsdepot am Denmark-See hervorgerufene **Explosion** zerstörte, wie aus **Morristown** (New-Jersey) gemeldet wird, das **gesamte Arsenal** und zahlreiche Häuser in der Umgebung. In den Nachbarorten mußte die Bevölkerung ihre Wohnungen räumen, da die **Explosionen fortdauern.** Das Unglück übertrifft die Explosion von Blacktown im Jahre 1916, bei der über 100 Bahnwagen Dynamit in die Luft flogen. Das explodierte Munitionsdepot enthielt über ein Zehntel der gesamten Munitionsvorräte der amerikanischen Marine. Im Umkreis von über 35 Meilen wurden sämtliche Fensterscheiben zerstört. Die explodierenden Granaten überschütteten die Gegend meilenweit mit Sprengstücken. Die Zahl der getöteten Militärpersonen läßt sich nicht genau angeben, da viele im Unglücksgebiet stationierte Soldaten beurlaubt waren. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung können infolge der herrschenden Verwirrung noch nicht festgestellt werden. Der Sachschaden wird für das Marinedepot allein auf 80 Millionen Dollar geschätzt. Es wird erwartet, daß auch das **Munitionslager der amerikanischen Armee,** im Werte von 40 Millionen Dollar, das bereits von der Explosion betroffen wurde, seiner völligen Zerstörung entgegengeht, und daß die Explosionen von noch lagernden Vorräten sich während der ganzen Woche fortsetzen werden. Die enorme Hitze und der Regen explodierender Granaten erschwert die Annäherung an die riesige Brandstelle.

Nach den im Laufe der Nacht gemachten Feststellungen sind von der **Besatzung** des explodierten Marinearsenals in Lake Denmark drei Leute getötet und zwischen 50 und 100 verwundet worden, während 20 noch vermißt werden. Eine zuverlässige **Feststellung der Opfer** wird erst nach völliger Durchführung der Aufräumungsarbeiten möglich sein. Dort, wo sich das Hauptgebäude des Munitionsmagazins befand, ist jetzt ein Trichter von 100 Fuß Breite und 30 Fuß Tiefe. 200 von den Gebäuden innerhalb des Arsenals sind zerstört worden. Die Zerstörungszone bedeckt einen Kreis von 15 Meilen Radius. Die ersten Schätzungen über den Sachschaden rechnen mit ungefähr 85 Millionen Dollar. Die Zahl der verletzten Zivilpersonen wird auf ungefähr 200 geschätzt. Alle Landstraßen sind mit Flüchtenden zu Fuß und im Automobil bedeckt.

Badischer Teil

Die Wahlen zur evang. Landessynode

Von den am Sonntag abgehaltenen Neuwahlen zur evang. Landessynode liegen u. a. folgende Resultate vor:

Wertheim: pos. 974, lib. 61, landesk. 12, volksk. 73.
Adelsheim: pos. 231, lib. 54, landesk. 18, volksk. 20.
Mosbach (mit Hüttenbach): pos. 387, lib. 304, volksk. 84.
Eberbach: pos. 256, lib. 1055, landesk. 50, volksk. 31.
Neckarbischofsheim: pos. 100, lib. 169, volksk. 14.
Neckarelz: pos. 62, lib. 245, landesk. 5, volksk. 107.
Weinheim Altstadt: pos. 540, lib. 529, landesk. 19, volksk. 169. **Stadt:** pos. 489, lib. 47, landesk. 5, volksk. 97.
Mannheim (ohne Vororte): pos. 4356, lib. 2984, landesk. 1285, volksk. 3361, volkskirchl. Ver. 818.
Mannheim-Rheinau: pos. 46, lib. 216, landesk. 5, volksk. 92, volkskirchl. Ver. 3.
Mannheim-Käfertal: pos. 123, lib. 210, landesk. 89, volksk. 170.
Mannh.-Seckenheim: pos. 139, lib. 476, landesk. 7, volksk. 148, volksk. Ver. 1.
Mannh.-Neckarau: pos. 543, lib. 628, landesk. 125, volksk. 444, volksk. Ver. 12.
Mannh.-Feudenheim: pos. 130, lib. 463, landesk. 52, volksk. 114, volksk. Ver. 5.
Heidelberg: pos. 861, lib. 2816, landesk. 1507, volksk. 458.
Heidelberg-Wieblingen: pos. 123, lib. 109, landesk. 30, volksk. 54.
Heidelberg-Handschuhsheim: pos. 406, lib. 226, landesk. 122, volksk. 120.
Schwetzingen: pos. 220, lib. 239, landesk. 212, volksk. 129.
Ladenburg: pos. 89, lib. 259, landesk. 42, volksk. 78.
Bretten: Ostpfarrei: pos. 470, lib. 180, landesk. 4, volksk. 114. Westpfarrei: pos. 278, lib. 217, landesk. 4, volksk. 92.
Eppingen: pos. 290, lib. 217, volksk. 72.
Bruchsal: pos. 314, lib. 300, landesk. 22, volksk. 94.
Stein: pos. 185, lib. 25, landesk. —, volksk. 116.
Sinsheim: pos. 251, ib. 227, landesk. 12, volksk. 69.
Durlach: pos. 792, lib. 658, landesk. 149, volksk. 892.
Gröhingen b. Durlach: pos. 619, volksk. 355, lib. 33, landesk. 10.
Karlsruhe (einschl. Vororte): pos. 5287, landesk. 824, lib. 4574, volksk. 3466.
Ettlingen: pos. 411, lib. 59, volksk. 75.
Rastatt: pos. 85, lib. 108, landesk. 419, volksk. 173.
Baden-Baden: pos. 402, lib. 857, landesk. 44, volksk. 147.
Achern: pos. 553, lib. 48, volksk. 44.
Kehl: pos. 438, lib. 413, landesk. 7, volksk. 76.
Dinglingen b. Lahr: pos. 295, lib. 251, landesk. 99, volksk. 81.
Kork: pos. 99, lib. 194, landesk. 1, volksk. 23.
Emmendingen: pos. 405, lib. 512, landesk. 1, volksk. 187.
Offenburg: pos. 248, lib. 241, landesk. 16, volksk. 130.
Hornberg: pos. 556, lib. 60, landesk. 2, volksk. 303.
Triberg: pos. 70, lib. 68, volksk. 41.
Freiburg: pos. 2912, volksk. 912, landesk. 267, lib. 2002.
Ihringen: pos. 770, lib. 35, volksk. 71.
Badenweiler: pos. 333, lib. 223, landesk. 8, volksk. 50.
Villingen: pos. 412, lib. 43, landesk. 2, volksk. 66.
St. Georgen (Schwarzw.): pos. 1019, lib. 16, landesk. 2, volksk. 161.
Müllheim: pos. 460, lib. 172, landesk. 22, volksk. 50.
Donaueschingen: pos. 82, lib. 59, landesk. 62, volksk. 19.
Breisach: pos. 54, lib. 123, volksk. 29.
Waldshut: pos. 5, lib. 45, landesk. 71, volksk. 55.
Lörrach: pos. 739, lib. 775, landesk. 41, volksk. 109.
Singen: lib. 382, pos. 79, volksk. 98.
Radolfzell: pos. 199, lib. 47, volksk. 14.
Meersburg: pos. 28, lib. 33, volksk. 83.
Konstanz: pos. 455, lib. 489, volksk. 61.

Badische Gesellschaft für Wetter- und Klimaforschung

DZ. **Karlsruhe**, 12. Juli. Am 19. Juni d. J. fand eine Mitgliederversammlung der badischen Gesellschaft für Wetter- und Klimaforschung statt, in der vom 2. Vorsitzenden, Prof. A. Peppler, Bericht über die Arbeiten der Gesellschaft erstattet wurde. In erster Linie hat die Gesellschaft es als ihre Aufgabe betrachtet, die im Jahre 1884 von Richard **Aßmann**, dem Begründer der wissenschaftlichen Luftfahrt und Schöpfer des weltbekannten Aronautischen Observatoriums Lindenberg bei Beeskow ins Leben gerufene Zeitschrift für Witterungskunde „Das Wetter" zu erhalten. Ihre Fortführung wäre ohne einen namhaften Zuschuß nicht möglich gewesen. Am Ende der Inflation war das **Observatorium auf dem Feldberg** (Schwarzwald) in Schwierigkeiten geraten, so daß mit seiner Auflösung gerechnet werden mußte. Durch einen Zuschuß von 100 M. monatlich wurde auch dieses Institut über die kritische Zeit hinaus gehalten. Seit 1. April 1926 ist der Fortbestand des Observatoriums gesichert; das Reichsverkehrsministerium trägt die persönlichen, das Land Baden die sachlichen Unkosten. Auch den wissenschaftlichen Arbeiten der **Wetterwarte in Karlsruhe** wurde durch Zuwendungen einiger Miglieder wertvolle Hilfe zuteil, so besonders durch das korrespondierende Mitglied Prof. Dr. **Dorno**-Davos und Dr. van **Oordt**-Sanatorium Bühlerhöhe. Mit weiteren erheblichen Zuschüssen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in Berlin und der Karlsruher Hochschulvereinigung konnte das Institut zur dauernden **Messung der Sonnen- und Himmelsstrahlen**, der Erdausstrahlung und Abkühlungsgröße übergehen. Die ersten Ergebnisse der Strahlungsmessungen in der Rheinebene und im Hochschwarzwald sind bereits veröffentlicht worden: Beiträge zum Strahlungsklima Badens, 1. Teil, Messung der Intensität der direkten Sonnenstrahlung usw. von A. u. W. Peppler und 2. Teil, Messungen der photochemischen Tageshelligkeit von A. Peppler. — Entsprechend dem Charakter der Gesellschaft als Notgemeinschaft und mit Rücksicht auf die starke Vortragsbetätigung anderer wissenschaftl. Vereine wurde in den letzten Jahren die Anzahl der Wintervorträge gegen früher verringert. Im kommenden Winter sollen wieder zwei größere Vorträge veranstaltet werden.

Der seitherige 1. Vorsitzende der Gesellschaft, Staatspräsident a. D. Prof. **Hummel** hat wegen anderweitiger Inanspruchnahme und mit Rücksicht auf seinen auswärtigen Wohnsitz den Wunsch geäußert, vom Amt des 1. Vorsitzenden zurückzutreten. Die Mitgliederversammlung hat mit großem Bedauern von diesem Wunsche Kenntnis genommen und Staatspräsident Hummel, der sich in schweren Zeiten an die Spitze der Gesellschaft gestellt hatte, den herzlichen Dank der Gesellschaft ausgesprochen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Oberrealschuldirektor Dr. H. **Cramer**, als 2. Vorsitzenden und Schriftführer Prof. Dr. A. **Peppler** und als Schatzmeister Verlagsbuchhändler Dr. Fr. **Braun**. Zum korrespondierenden Mitglied der Gesellschaft wurde durch einstimmigen Beschluß des Gesamtvorstandes am 20. April 1925 Geheimrat Prof. Dr. H. **Hergesell**, der Präsident des Aronautischen Observatoriums Lindenberg ernannt. Durch den Tod schied das ordentl. Miglied Hermann **Mörber**, Direktor des „Karlsruher Tagblatt" aus.

Vom 2. bis 7. Oktober dieses Jahres findet zum erstenmal in Karlsruhe die Tagung der **Deutschen Meteorologischen Gesellschaft** statt, an der auch ausländische Fachgelehrte teilnehmen. Die Mitgliederversammlung hat daher beschlossen, einen besonderer Kongreßausschuß zu bilden, um den auswärtigen Gelehrten einen würdigen Empfang zu bereiten.

Die Handwerkskammer Karlsruhe

hielt am 6. Juli in Pforzheim unter Leitung ihres Präsidenten, Malermeister **Isenmann**-Bruchsal, eine Vollversammlung ab.

In dem Tätigkeitsbericht führte der geschäftsführende Direktor u. a. aus: In der Gründung von Handwerkerorganisationen konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Neben der Überwachung und Durchführung der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens befaßte sich die Kammer insbesondere mit der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Im Hinblick auf den Ausfall an Lehrlingen infolge des Geburtenrückgangs während des Krieges und im Hinblick auf den Nachwuchsbedarf und die Verteilung der Lehrlinge auf die einzelnen Handwerkszweige und vom Standpunkt weitsichtiger Berufspolitik aus wird dieses Problem in den nächsten Jahren von ganz besonderer Bedeutung sein. Das Handwerk wird sich noch intensiver wie bisher der Eignungsprüfung widmen müssen.

Ein umfangreiches Arbeitsfeld fand die Kammer auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiete. Die Begutachtung von Gesetzentwürfen hat einen recht erheblichen Umfang angenommen. Der Geist der Reichssteuergesetze läßt die Hoffnung zu, daß die rigorose Steuergesetzgebung der Nachkriegszeit ihren Abschluß gefunden hat. Dem Rationalisierungsgedanken im Handwerk schenkte die Kammer die größte Aufmerksamkeit.

Im Anschluß an die Plenarsitzung fand eine allgemeine große Handwerkerversammlung von Stadt und Bezirk Pforzheim statt. Nach Anhörung eines Vortrags des Präsidenten der Handwerkskammer über die Bedeutung der Kammer in der Gegenwart und Zukunft und ausgiebiger Aussprache des Vortrags, kam eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, welche Vorschläge zur **Beseitigung der Arbeitslosigkeit** macht. Es werden verlangt: Zur Wiederbelebung des Baumarkts sollen die aus der Gebäudesondersteuer fließenden Beträge zu Zins- und Tilgungsgarantien einer großen öffentlichen Anleihe zum Wohnungsbau verwendet werden, die durch öffentlich rechtliche Gewähr zu sichern und dadurch zu verbilligen wäre. Verringerung der Zinsspanne der Banken. Eine weitgehende Milderung des Steuerdruckes und Vereinfachung des Steuersystems. Arbeit für die Arbeitslosen.

Um die Erhaltung des Heidelberger Landschaftsbildes

DZ. **Heidelberg**, 10. Juli. Der hiesige **Oberbürgermeister** und der **badische Gesandte** in Berlin hatten dieser Tage eine Besprechung mit dem Reichsverkehrsminister Dr. **Krohne** über den Schutz des Landschaftsbildes im Neckartal in Verbindung mit der Fortführung des Neckarkanals. Der Reichsverkehrsminister erklärte, daß alles geschehen werde, um das Landschaftsbild so wenig wie möglich leiden zu lassen. Die beste Lösung werde zweifellos auch nicht an der Kostenfrage scheitern. Zurzeit wäre wieder eine Architektenkommission mit der Lösung des Problems für das Stauwehr oberhalb Heidelbergs beschäftigt. Außerdem teilte der Reichsverkehrsminister mit, daß er im nächsten Monat nach Heidelberg kommen werde, um an Ort und Stelle mit den beteiligten Kreisen sich persönlich auszusprechen.

Der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen e. V. Duisburg

hatte seinen Vorstand und Ausschuß, sowie die führenden schweizerischen Behörden für Samstag zu einer Tagung nach **Basel** eingeladen. Die Veranstaltung trug den Charakter einer eindrucksvollen Kundgebung für den Rheinverkehr über Basel nach dem Bodensee. Zur Tagung hatten sich zahlreiche deutsche und schweizerische Interessenten des Rheinschiffahrtsverkehrs eingefunden, darunter auch das Ehrenmitglied des Vereins, Oberbaurat Dr. Ing. h. c. **Kupferschmidt**-Karlsruhe, der Schöpfer der Rheinregulierung zwischen Straßburg und Sondernheim (Pfalz), ferner der badische Innenminister **Remmele**, der Präsident der Wasser- und Straßenbaudirektion Dr. **Fuchs**-Karlsruhe, sowie Vertreter aus dem Reich und der Schweiz.

Dr. **Kobelt** vom Eidgenössischen Amt für Wasserwirtschaft in Bern sprach über die schweizerische Wasserwirtschaft und würdigte den Einfluß des Bodensees auf die Wasserführung des Rheins. Von den schweizerischen Wasserkräften seien etwa ⅓ ausgenutzt. Besonders erwähnenswert ist aus seinem Vortrag die Tatsache, daß auf Grund der Verhandlungen der Badisch-Schweizerischen Rheinkommission die Ausgestaltung des **Bodensees als Speicherbecken** unter Einbau verschiedener Korrektionen im Oberrhein zwischen Konstanz und Basel so gut wie beschlossen sei, ein Beschluß, der für den Niederrhein beim Niederwasserstand sicherlich sehr gute Auswirkungen haben werde. — Direktor Ing. **Gutzwiller**-Basel erläuterte eingehend die Frage der **Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis zum Bodensee** und die Ausnutzung der Wasserkräfte auf dieser Stromlinie. Es handele sich um die Schiffbarmachung der Strecke von Basel durch den Bodensee bis nach Bregenz in einer Länge von 217 Kilometer und die Herstellung des Anschlusses an das Stromgebiet der Donau, ein Projekt, dessen Kosten auf 70 Millionen Franken veranschlagt würde, das aber auch erhebliche Schwierigkeiten biete durch die Rheinfälle bei Schaffhausen, die von dem Schiffverkehr in verschiedenen Seitenkanälen umgangen werden müßten.

Vom Südwestdeutschen Kanalverein

Am Samstag fand in **Ulm** auf dem Rathaus die diesjährige Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins statt, der zahlreiche Vertreter aus Württemberg, **Baden** und Bayern beiwohnten. Bei der Begrüßung teilte Oberbürgermeister Dr. **Schwammberger** mit, daß die Stad den Vorsitzenden des Kanalvereins, Geheimrat Dr. **Bruckmann**-Heilbronn zum Ehrenbürger von Ulm ernannt habe. Die Tagung befaßte sich hauptsächlich mit der Frage der Weiterführung des Kanals über Heilbronn hinaus zunächst bis Göppingen und weiter nach Ulm, insbesondere mit den noch ganz ungelösten Problemen der Albüberquerung und der Schaffung eines Ulmer Donauhafens.

DZ. **Heidelberg**, 10. Juli. Die **Universität Heidelberg** hat den bekannten Newyorker Bankier Paul **Warburg** zum Ehrendoktor der Staatswissenschaften ernannt und zwar wegen seiner Verdienste um das Bankwesen und die Wirtschaftswissenschaft. Die Universität erklärt, daß sie damit zugleich auch die Förderung dankbar anerkenne, die Warburg der deutschen Volkswirtschaft in schwerer Lage zuteil werden ließ.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Juli Geld	12. Juli Brief	10. Juli Geld	10. Juli Brief
Amsterdam 100 G.	168.51	168.93	168.46	168.88
Kopenhagen 100 Kr.	111.23	111.51	111.17	111.45
Italien . 100 L.	14.16	14.20	14.43	14.47
London . . 1 Pfd.	20,400	20.452	20.401	20.453
Newyork . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	10.545	10.585	10.84	10.88
Schweiz . 100 Fr.	81.19	81.39	81.16	81,36
Wien 100 Schilling	59.32	59.46	59.305	59.445
Prag . . 100 Kr.	12.422	12.462	12.422	12.462

J. G. Farbenindustrie-Aktiengesellschaft. Die gleichartigen Interessen auf verschiedenen Arbeitsgebieten, insbesondere auf auf dem Gebiete der Zellulose und ihrer Derivate (Kunstseide etc.) haben zwischen der **J. G. Farbenindustrie A.-G.** und der **Köln-Rottweil A.-G.** sowie deren verbündeten Firmen zu Verhandlungen geführt, die soweit gediehen sind, daß den maßgebenden Organen endgültige Vorschläge gemacht werden können. Diese gehen dahin, daß die Köln-Rottweil A.-G., welche sich vorwiegend auf dem Gebiete der Kunstseide betätigt, durch **Fusion** auf die J. G. Farbenindustrie A.-G. auf Grund eines Aktienumtausches im Verhältnis von 2 : 1 übergeht, während mit den übrigen Firmen entsprechend den bisherigen Abmachungen innerhalb des Generalkartells eine Interessengemeinschaft mit entsprechendem Dividendenausgleich abgeschlossen werden soll.

Aus der Landeshauptstadt

Schutz der Schonungen beim Sammeln von Waldbeeren. Es mehren sich die Klagen der Forstbehörden über Schädigungen, die durch das beerensuchende Publikum an den Waldschonungen angerichtet werden. Wir empfehlen die heutige Bekanntmachung des Bezirksamts Karlsruhe der Beachtung.

Zum Schluß-Singen des Bad. Konservatoriums für Musik. Die im Frühjahr 1923 an das Bad. Konservatorium für Musik angegliederte Singschule veranstaltet am Mittwoch, den 14. Juli d. J., abends ½8 Uhr, im großen Saal der Städt. Festhalle ihr diesjähriges Schlußsingen, an dem sich sämtliche Singschulklassen mit insgesamt 300 Schülern und Schülerinnen beteiligen. Das Programm der Veranstaltung bietet, der musikalischen Fassungskraft und dem stimmlichen und musiktheoretischen Ausbildungsstand der Klassen entsprechend, einfachere und schwierigere Volks- und Kinderlieder, Lieder von Schubert, Cornelius, Weismann usw. und Chöre älterer und neuerer Meister. Das einstimmige Kunstlied, die schwierigste und stimmtechnisch empfindlichste Liedgattung steht im Vordergrund. Der Polyphonie ist ein breiter Raum zugewiesen. Den Schluß des Abends bildet der einstimmige Choral: „Wachet auf, ruft uns die Stimme", dem das Choralvorspiel in Es-dur für Orgel von J. S. Bach vorausgeht. Der Besuch des Schluß-Singens darf allen Freunden des Jugendgesanges wärmstens empfohlen werden. Karten bei Müller, Doert, Tafel und an der Abendkasse.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 12. Juli. In der Luftdruckverteilung über Europa ist seit letzten Samstag eine wesentliche Änderung eingetreten, die die Wetteraussichten gebessert hat. Der Hochdruckkeil, der am Freitag vom Azoren-Hoch gegen unseren Kontinent vorstieß, hat sich am Sonntag von seinem Hauptkern losgelöst und liegt heute morgen als selbständiges Hochdruckgebiet über Mitteleuropa. Seine Annäherung führte schon gestern zu zeitweiliger Aufheiterung bei nur geringen Niederschlägen. Gegenwärtig herrschen bis in größere Höhen nordöstliche Winde, unter deren Einfluß zeitweise heiteres und meist trockenes Wetter zu erwarten ist. **Voraussichtliche Witterung:** zeitweise heiter, meist trocken.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Aufwertung und Rückzahlung der öffentlichen Baukostenbeihilfen.

Auf Grund des § 14 des Gebäudesondersteuergesetzes vom 2. Juli 1924 (GVBl. S. 185) in der Fassung des Artikels I Ziffer 10 des Gesetzes über die dritte Änderung des Gebäudesondersteuergesetzes vom 24. Juni 1926 (GVBl. S. 87) wird die Bekanntmachung des Bad. Arbeitsministers vom 24. Juli 1924 (Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — vom 26. Juli 1924 Nr. 173) über die Belastung mit einer Grundschuld zwecks Aufwertung und Rückzahlung der öffentlichen Baukostenbeihilfen nach Maßgabe der dritten Steuernotverordnung dahin geändert, daß nur 25 (statt 40) v. H. des Goldmarkwertes der Beihilfen der Festsetzung der Grundschuld zugrundegelegt werden. Rückzahlungen, die der Schuldner auf die bisherige Grundschuld über den nunmehr sich ergebenden Grundschuldbetrag hinaus geleistet hat, sind in allen Fällen alsbald, spätestens bis 1. Oktober 1926, zu erstatten.

Die neu festgestellte Grundschuld ist vom 1. Oktober 1925 ab mit 6 v. H. zu verzinsen; für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 1. Oktober 1925 verbleibt es bei der bisherigen Verzinsung der höheren Grundschuld.

Bei verspäteter Zahlung von Tilgungsbeträgen sind 2 v. H. über den jeweiligen Zinssatz Verzugszinsen zu entrichten und zwar vom Fälligkeitstermin an bis zu dem Tage einschließlich, an welchem die verspätete Zahlung dem Gläubiger der Grundschuld (Wohnungsverband oder verbandsfreie Gemeinde) zur Verfügung steht.

Im übrigen sind die Anordnungen der oben erwähnten Bekanntmachung vom 24. Juli 1924 auch weiterhin maßgebend.

Karlsruhe, den 9. Juli 1926.

Der Minister des Innern
Remmele

Die nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922 über die Ausbildung und Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen (Ges. und V.-Bl. 1922 Nr. 39) abzuhaltende Erste und Zweite Prüfung wird am **Freitag, den 1. Oktober 1926, vormittags 8 Uhr** beginnen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Versetzt:

Oberrevisor Eugen Sommer in Donaueschingen zum Bezirksamt Engen.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden. E.885
Handelsregistereintrag Abt. B Bd. II O.-Z. 3 — Firma **Eis- und Kühlwerke Baden-Baden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Baden-Baden —: Die Prokura des Brauereidirektors Fritz Gaiser in Baden-Baden ist erloschen.
Baden-Baden, 3. 6. 1926.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Boxberg, Baden. E.943
Handelsregistereintrag zu Abt. B O.-Z. 9, **Ziegeleiapparatebau, G. m. b. H.** in Schweigern: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Friedrich Beck ist beendet.
Boxberg (Baden), 24. 6. 26.
Das Amtsgericht.

Breisach. E.944
Handelsregistereintrag Abt. B zu O.-Z. 8 Firma **„Internationale Transit- und Lagerhaus-Gesellschaft Orton, Gesellschaft mit beschränkter Haftung"** in Breisach): Die Firma ist erloschen.
Amtsgericht Breisach, den 1. Juli 1926.

Ettenheim. E.900
Handelsregister A Band I O.-Z. 9, Firma **Gustav Grumbacher** in Rust: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft wird unter unveränderter Firma von dem früheren Gesellschafter Kaufmann Leopold Grumbacher zu Rust fortgesetzt.
Ettenheim, 18. 6. 1926.
Amtsgericht.

Karlsruhe. E.887
Handelsregistereinträge:
1. **August Peppler, Karlsruhe.** Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Januar 1926. Friedrich Gabler, Kaufmann, Karlsruhe ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Der Mitgesellschafter Peppler wohnt jetzt in Karlsruhe. 28. 6. 26.
2. **Julius Kahn,** Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 28. 6. 26.
3. **L. J. Ettlinger,** Karlsruhe. Die Gesamtprokuren Heinrich Mané, Rastatt und Otto Gehrung, Stuttgart sind erloschen. Eine Kommanditistin ist infolge Ablebens ausgeschieden, an deren Stelle trat die Gesamtheit der Miterben. 28. 6. 1926.
4. **Gebrüder Bratzler,** Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. November 25. Persönlich haftende Gesellschafter: Heinrich Bratzler, Kaufmann, Karlsruhe, Karl Bratzler, Kaufmann, ebenda. (Früchte- und Gemüsegroßhandlung, Luisenstraße 46.) 30. 6. 26.
Badisches Amtsgericht.

Karlsruhe. E.919
Handelsregistereinträge:
1. **Gewerkschaftshaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Errichtung oder Erwerbung von Gebäulichkeiten, die sich zur Einrichtung und zum Betriebe eines Gewerkschaftshauses für die freien Gewerkschaften in Karlsruhe eignen und die Vornahme aller Geschäfte, die mit der Durchführung dieses Zweckes in Verbindung stehen. Zweck der Gesellschaft ist die Schaffung und Bewirtschaftung eines Gewerkschaftshauses als Sammelpunkt der freien Gewerkschaften in Karlsruhe. Insbesondere soll dieses Ziel erreicht werden durch Errichtung von Büroräumen für die Gewerkschaften, Sitzungs- und Versammlungsräume sowie durch Errichtung einer Herberge für die wandernden Mitglieder. Die Gesellschaft ist zur Vornahme aller mit dem angegebenen Gegenstand und Zweck mittelbar oder unmittelbar in Verbindung stehenden Geschäften befugt. Stammkapital: 5 000 Reichsmark. Geschäftsführer: Gustav Schulenburg, Geschäftsführer, Karlsruhe, Gustav Erb, Arbeitersekretär ebenda. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. Juni 1926 festgestellt. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer; außer den Geschäftsführern können stellvertretende Geschäftsführer und Prokuristen bestellt werden. Die Gesellschaft wird folgendermaßen vertreten: 1. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind neben ihm noch stellvertretende Geschäftsführer bestellt, so vertritt jeder von ihnen den Geschäftsführer allein. Sind daneben Prokuristen bestellt, so regelt sich deren Vertretungsberechtigung nach der Bestellung, wobei Einzel- und Gesamtprokura zulässig ist. 2. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch 2 Geschäftsführer vertreten. Sind daneben noch stellvertretende Geschäftsführer od. Prokuristen bestellt, so wird die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem stellvertretenden Geschäftsführer oder Prokuristen oder durch einen stellvertretenden Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Volksfreund oder im Deutschen Reichsanzeiger. 5. 7. 26.
2. **„Texwerk" Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe. „Durch Gesellschafterbeschluß vom 6. Juli 1926 ist die Gesellschaft aufgelöst. Theodor Theißen, Bücherrevisor, Karlsruhe ist alleiniger Liquidator. 6. 7. 26. Badisches **Amtsgericht.**

Karlsruhe. E.920
Handelsregistereinträge:
1. **Albert Schneider, A.-G. & Co. mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens ist: Der Ein- und Verkauf von Landesprodukten, Futtermittel und Sämereien. Die Gesellschaft darf sich auch an anderen Unternehmungen gleicher Art in jeder Rechtsform beteiligen. Stammkapital: 5 000 RM. Geschäftsführer: Fabrikant Albert Schneider, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Mai 1925 festgestellt und am 22. Juni 1926 abgeändert worden. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertritt jeder von ihnen die Gesellschaft allein. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 28. 6. 26.
2. **Garage Buka, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Erbauung und Einrichtung von Garagen, die Instandhaltung der eingestellten Kraftwagen und die Übernahme von Ausbesserungsarbeiten, der Handel mit Fahrrädern und Kraftfahrzeugen, einzelnen Bestandteilen und Betriebsstoffen aller Art. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmungen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stammkapital 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Friedrich Butterfaß, Ingenieur, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. Januar 1925 festgestellt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Karlsruher Zeitung. 3. 7. 26.
3. **Dyckerhoff & Widmann Aktiengesellschaft,** Biebrich, Niederlassung Karlsruhe. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 8. Juni 1926 ist § 18 Abs. 3 der Satzung (Erleichterung der Hinterlegungsbestimmungen) geändert. 2. 7. 26.
4. **J. Mitschele & Cie. Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe, Die Liquidation ist beendet; die Firma ist erloschen. 5. 7. 26.
5. **Laboratorium Merkur, Carl Schweizer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe. Die Liquidation ist beendet; die Firma ist erloschen.
5. 7. 26. **Badisches Amtsgericht.**

Karlsruhe. E.964
Handelsregistereinträge:
1. **M. Stromeyer Lagerhausgesellschaft Zweigniederlassung Karlsruhe** Hauptsitz: Konstanz. Die bisherigen Kommanditisten sind aus- und 1 Kommanditist ist neu in die Gesellschaft eingetreten. 19. 6. 26.
2. **Karlsruher Feinkosthandlung, Otto Pulvermüller,** Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: **Johann Müller.** Einzelkaufmann: Johann Müller, Kaufmann, Karlsruhe. Der Übergang der bisher im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Geschäfts durch Johann Müller ausgeschlossen. 6. 7. 26.
3. **Albert Kölmel,** Karlsruhe. Die Prokura Elise Kölmel Ehefrau ist erloschen. 7. 7. 26.
4. **Wilhelm Jaeck,** Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 8. 7. 26. **Badisches Amtsgericht.**

Karlsruhe. E.965
1. **Karlsruher Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung,** Karlsruhe (Erbprinzenstraße 9). Gegenstand des Unternehmens ist: Die Erstellung und Verwertung von Wohnhäusern aller Art auf eigenem oder fremdem Grund und Boden. Die Gesellschaft darf sich an anderen ähnlichen Unternehmungen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: 1. Georg Gerstacker, Kaufmann, Karlsruhe, 2. Arthur Brunisch, Regierungsbaumeister a. D. ebenda. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Juni 1926 festgestellt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch 2 Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Karlsruher Tageblatt. 8. 7. 26.
2. **Gesellschaft für Teerstraßenbau mit beschränkter Haftung,** Essen mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe unter der Firma: **Gesellschaft für Teerstraßenbau m. b. H. in Essen, Abteilung „Südwestdeutschland"** (Stefanienstr. 65). Gegenstand des Unternehmens: Herstellung, Vertrieb und Einbau von Teerschotter, Errichtung von Fabrikanlagen, Erwerb und Veräußerung von Grundbesitz und Rechten, sowie Beteiligung an solchen Unternehmungen, welche obigen Zwecken förderlich sind. Stammkapital: 200 000 Reichsmark. Geschäftsführer: Dr. Hans Lüer, Direktor, Essen. Dem Robert Monske, Essen ist Gesamtprokura dahin erteilt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer vertretungsberechtigt ist. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Mai 1918 festgestellt und am 20. September 1918, 5. September 1922, 28. August 1924, 27. November 1924, 25. Februar 1925 und 16. April 1925 verschiedentlich abgeändert. Solange nur ein Geschäftsführer bestellt ist, vertritt er allein die Gesellschaft. Sind mehrere Geschäftsführer oder neben einem oder mehreren Geschäftsführern stellvertretende Geschäftsführer oder Prokuristen bestellt, so ist sofern nicht der Aufsichtsrat einzelnen Geschäftsführern die Befugnis erteilt hat, die Gesellschaft allein zu vertreten, zur rechtsgültigen Vertretung der Gesellschaft die Mitwirkung zweier Geschäftsführer oder eines Geschäftsführers und eines stellvertretenden Geschäftsführers oder eines Geschäftsführers oder stellvertretenden Geschäftsführers und eines Prokuristen erforderlich. 8. 7. 26.
Badisches Amtsgericht.

Mannheim. E.708
In das Handelsregister wurde heute eingetragen zur Firma **„Kraftverkehr Albert Rettenmaier"** in Mannheim: Das Geschäft ist mit Aktiven und samt der Firma von Albert Rettenmaier auf dessen Ehefrau, Maria geborene Bauer, übergegangen, die es als alleinige Inhaberin unter der bisherigen Firma weiterführt. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Maria Rettenmaier, geborene Bauer, ausgeschlossen. Die Prokura der Maria Rettenmaier, geborene Bauer, ist erloschen. Dem Albert Rettenmaier, Mannheim, ist Prokura erteilt.
Mannheim, 4. Juni 1926.
Amtsgericht F.-G. 4.

Lahr. E.938
Handesregistereintrag Lahr Abt. A Bard I O.-Z. 84: **„Firma Stoeßer-Fischer** in Lahr.": Die Zweigniederlassung Leipzig ist aufgehoben.
Lahr, den 5. Juli 1926.
Amtsgericht.

Lahr. E.886
Handelsregistereintrag Lahr A Band II O.-Z. 200: **„Firma Wilhelm Thomsen** in Friesenheim." Inhaber: Wilhelm Thomsen, Kaufmann in Friesenheim.
Lahr, den 3. Juli 1926.
Amtsgericht.

Lörrach. E.931
Handelsregistereinträge:
B III O.-Z. 37 vom 18. 6. 1926, **„Kreishypothekenbank Lörrach":** Nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 26. Mai 1926 soll das Grundkapital um 568 000 RM., also von 132 000 RM. auf 700 000 RM., erhöht werden. Das Statut wurde abgeändert.
B II O.-Z. 15 vom 22. 6. 1926 **„Brauereigesellschaft vormals Fr. Reitter** Lörrach": Die Prokura des Kaufmanns Ernst Weber ist erloschen. Dem Kaufmann Fritz Hersperger in Lörrach ist Prokura mit der Maßgabe erteilt, daß er berechtigt ist, die Firma zusammen mit einem andern Prokuristen oder mit einem Handlungsbevollmächtigten zu vertreten und zu zeichnen. Außerdem hat er die Befugnis, die Gesellschaft bei Veräußerungen und Belastungen von Grundstücken zu vertreten.
A II O.-Z. 48 vom 22. 6. 1926, **„Fr. Vogelbach & Co.,** Lörrach": An Stelle des ausgeschiedenen Albert Vogelbach sind dessen vier minderjährige Kinder: Hans Heinrich Otto Mirca Vogelbach, Albert Kurt Siegfried Vogelbach, Klaus Dieter Eugen Vogelbach und Irene Magdalena Barbara Vogelbach unter Vormundschaft ihrer Mutter, Irene geb. Schlawe, Ehefrau des Ingenieurs Oskar Feist in Reutlingen, des Fabrikdirektors Wilhelm Bauer in Offenburg sowie des Kommerzienrats Emil Garnier in Lörrach, als persönlich haftende Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Fabrikant Friedrich Vogelbach ermächtigt.
Lörrach, 25. Juni 1926.
Bad. Amtsgericht V.

Oberkirch. E.909
Zum Handelsregister Abt. A O.-Z. 206 wurde neu eingetragen die offene Handelsgesellschaft **Drahtwerk Oppenau Huber, Jockerst und Schroer** in Oppenau. Persönlich haftende Gesellschafter sind Leopold Huber, Sägewerksbesitzer, Gustav Jockerst, Fabrikant; beide in Oppenau und Wilhelm Schroer, Zivilingenieur in Düsseldorf. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1926 begonnen. Jeweils 2 Gesellschafter sind berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten und zu zeichnen.
Oberkirch, 2. Juli 1926.
Bad. Amtsgericht — Der Registerführer.

Oberkirch. E.939
Zum Handelsregister Abt. A O.-Z. 44 wurde das Erlöschen der Firma **Adolf Schäck** in Bad Peterstal eingetragen.
Oberkirch, 6. Juli 1926.
Bad. Amtsgericht. Der Registerführer.

Radolfzell. E.896
Handelsregistereintrag A II O.-Z. 158, Firma **Leonhard Forderkunz, Gemischtwarengeschäft u. Tabakgroßhandlung** in Radolfzell: Inh. Leonhard Forderkunz, Kaufmann.
Radolfzell, 24. 6. 1926.
Bad. Amtsgericht.

Rastatt. E.945
Handelsregistereintrag A Bd. II O.-Z. 69 zur Firma **Max Edelschild** in Rastatt: Die Firma ist erloschen. 1. Juli 1926.
Amtsgericht Rastatt.

Schönau, Wiesental. E.946
Handelsregistereintrag A O.-Z. 14: Die Firma **Hermann Brugger,** Zell i. W., ist erloschen.
Schönau i. W., 1. 7. 26.
Bad. Amtsgericht.

Sinsheim, Elsenz. E.947
Handelsregister A Bd. I: 1. O.-Z. 89, E. **Schick,** Sinsheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Oskar Schick ist alleiniger Inhaber der Firma. 2. O.-Z. 169, Heinrich Huttel, Steinsfurt: Die Firma ist erloschen. 2. Juli 1926.
Amtsgericht Sinsheim, a. d. Elsenz.

Stockach. E.938
Handelsregister A Bd. I O.-Z. 194: **Schuhhaus Carl Christ,** Stockach, Inhaber Kaufmann Carl Christ in Stockach.
Stockach, 25. Juni 1926.
Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgericht.

Schwetzingen. E.910
Handelsregistereintrag Abt. A:
Band I zu O.-Z. 18 — **Hch. v. Nida Wwe.** in Schwetzingen —: Die Firma ist geändert in: **Heinrich v. Nida Söhne** in Schwetzingen. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juni 1926 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Heinrich v. Nida und Wilhelm v. Nida, beide Kaufleute in Schwetzingen.
Band III zu O.-Z. 32 — **Philipp Friedrich Rupp** in Neulußheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen.
Band III zu O.-Z. 75 — **Kautabakfabrik „Badenia" Johann Gaida** hier —. Die Firma ist erloschen.
Schwetzingen, 2./5. 7. 26.
Bad. Amtsgericht I.

Waldshut. E.921
Handelsregistereintrag zur Firma **„Spinnerei Lauffenmühle G. m. b. H., Tiengen".** Dem Herrn Erich Falke in Unterlauchringen ist Prokura erteilt mit der Befugnis, gemeinsam mit einem Geschäftsführer die Gesellschaft zu vertreten. Die Prokura des Carl Aschenbrücker ist erloschen.
Waldshut, den 5. 7. 26.
Bad. Amtsgericht.

Versch. Bekanntmachungen

Öffentliche Mahnung.

Die Gläubiger, für welche vor dem 15. Juli 1916 Einträge in unseren Grund- u. Pfandbüchern eingeschrieben sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen.
Die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. E.957
Ein Verzeichnis der in unseren Büchern vor dem 15. Juli 1916 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen.
Kürnbach, 8 Juli 1926.
Das Pfandgericht:
Hauser, Bürgermeister.
Der Vereinigungsbeamte
Friedrich.

Im neuen Ortsgüterbahnhof Singen (H) sind die Arbeiten über Befestigung der Zufahrt- und Ladestraßen sowie der Verladerampen nach den vorläufigen Verdingungsvorschriften der Reichsbahndirektion Karlsruhe öffentlich zu vergeben. In der Hauptsache 10 000 m² Chaussierung, 1000 m² Pflasterung, 180 lfd. m Randsteine, 600 m² Asphaltbelag. Pläne und Bedingnisheft auf unserer Kanzlei in Konstanz zur Einsicht. Angebotsvordrucke werden gegen Entrichtung von 1,20 RM. abgegeben, können aber auch gegen Einsendung dieses Betrages mit Rückporto bezogen werden. Angebote postfrei, mit entsprechender Aufschrift spätestens bis zum 31. Juli, vorm. 10 Uhr, an mich einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion Konstanz. E.951

Güterrechtsregister.

Bruchsal. E.955
Güterrechtsregistereintrag Band III S. 139: **Gramlich,** Franz, Landwirt, und Mohr, Anna, Zigarrenarbeiterin, beide in Östringen. Vertrag vom 8. Juni 1926. Gütertrennung des BGB.
Bruchsal, 16. Juni 1926.
Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. E.956
Güterrechtsregistereintrag Band III S. 140: **Göb,** Gustav, Schlossermeister, und dessen Ehefrau Karoline geb. Röthinger in Helmsheim. Vertrag vom 16. Juni 1926. Gütertrennung des BGB.
Bruchsal, 25. Juni 1926.
Bad. Amtsgericht.

Grund- und Hausbesitzerverein Karlsruhe E. V.

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr,
im großen Kolosseumssaal.

Tagesordnung:
1. Das neue Mieterschutzgesetz. Referent: Rechtsanwalt Dr. Waerther.
2. Das Gebäudesondersteuergesetz. Referent: Rechnungsoberinspektor F. Zoller.
3. Der Hausbesitz bei der Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß. Referent: Stadtverord. J. Schwarz.

Um zahlreichen Besuch bittet
F.530 **Der Vorstand.**

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Eggenstein ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben. E.959
Karlsruhe, den 10. Juli 1926. O.Z.143
Badisches Bezirksamt Abt. II b.

Schutz der Schonungen beim Sammeln von Waldbeeren.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Betreten von Kulturen, die verhängt, d. h. durch Warnungszeichen (Strohwische, Tafeln) als Schonungen bezeichnet sind, nach § 368 Ziff. 9 R.Str.G.B. verboten ist und bestraft wird. E.960
Karlsruhe, den 9. Juli 1926. O.Z.144
Badisches Bezirksamt Abt. II a.

RCB GEGR. 1870

An- und Verkauf von ausländischen Geldsorten
Vermietung von Stahlfächern
Ausgabe von Reisekreditbriefen und Eröffnung von Accreditiven auf alle Plätze

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe

Telefon 6000 bis 6013 F.462

Badisches Landestheater

Dienstag, den 13. Juli 1926
*C 30. Th.-Gem. 701-800 und 1100—1200

Donna Diana

Lustspiel in drei Aufzügen von Moreto
In Szene ges. von F. Herz
Musik von Heinr. Lebinger

Don Diego	Herz
Donna Diana	Moeller
Donna Laura	Clement
Donna Fenisa	Rademacher
Don Cesar	Kruchen
Don Luis	Leitgeb
Don Gaston	Kloeble
Perin	v. d. Trenck

Anfang 7½ Ende 9½
Sperrsitz I M. 5.20

Druck G. Braun, Karlsruhe.